Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

**zu der Mitteilung des Rechnungshofs
vom 3. Juli 2014 – Drucksache 15/5404**

**Denkschrift 2014 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des
Landes Baden-Württemberg;
hier: Beitrag Nr. 4 – Finanzplan 2020**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 3. Juli 2014 zu Beitrag Nr. 4 – Drucksache 15/5404 – Kenntnis zu nehmen.

23. 10. 2014

Der Berichterstatter:

Dr. Reinhard Löffler

Der Vorsitzende:

Karl Klein

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 15/5404 in seiner 49. Sitzung am 23. Oktober 2014. Als *Anlage* ist diesem Bericht eine Anregung des Rechnungshofs für eine Beschlussempfehlung des Ausschusses an das Plenum beigefügt.

Der Berichterstatter legte dar, der Finanzplan 2020 zum Stand Januar 2014 sehe vor, die Neuverschuldung stufenweise von 1,1 Milliarden € im Jahr 2015 bis auf 180 Millionen € im Jahr 2019 zurückzuführen. Ab 2020 sollten dann keine neuen Schulden mehr gemacht werden. Die für jenes Jahr im Plan noch ausgewiesene Lücke von rund 1,47 Milliarden € sei somit bis dahin durch strukturell dauerhafte Konsolidierungsmaßnahmen zu schließen.

Der Abgeordnete fügte an, nach dem Grundgesetz sei es ab 2020 nicht mehr möglich, neue Schulden aufzunehmen, wobei es allerdings auch Ausnahmetatbestände gebe. Er könne sich nicht vorstellen, dass die Sperrwirkung des Grundgesetzes nicht erneut hinterfragt werde.

Der Berichterstatter fuhr fort, der mit Abstand größte Konsolidierungsbeitrag in den Jahren 2015 und 2016 solle beim Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung – mit 296 Millionen € bzw. 404 Millionen € erbracht werden. Ebenso berücksichtige der Finanzplan 2020 den Vollzug der im Haushalt 2014 in der Fassung des Zweiten Nachtrags mit einem k.w.-Vermerk ausgebrachten 17 000 Personalstellen. Davon seien zwischen 2014 und 2019 mehr als 11 300 Stellen zu streichen. Die Stellenstreichungen sollten den Haushalt innerhalb dieses Zeitraums um 570 Millionen € entlasten. Auf das Kultusministerium entfalle mit 10 600 k.w.-Stellen der mit Abstand größte Anteil.

Für jede k.w.-Stelle, deren Vollzug hinausgeschoben werde, fielen jährlich rechnerisch 50 000 € Mehrausgaben an, die anderweitig eingespart werden müssten. Die Landesregierung habe inzwischen entschieden, in den Haushaltsjahren 2015/2016 statt 3 570 nur 400 Lehrerstellen zu streichen. Sofern diese Stellenstreichungen nicht zeitnah nachgeholt oder gar in den Folgejahren wiederum weniger Stellen gestrichen würden, müssten zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen erfolgen.

Aufgrund konjunkturell bedingter Nettosteuererhöhungen, geringerer Zinszahlungen und hoher Überschüsse ergäben sich innerhalb des Einzelplans 12 Spielräume, die dazu führen könnten, dass deutlich weniger strukturelle Ausgaben gekürzt würden. Der Konsolidierungsdruck ließe dadurch also nach.

Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft trage Abschnitt II der vom Rechnungshof angeregten Beschlussempfehlung (*Anlage*) nicht mit und schlage vor, auf einen solchen Beschluss zu verzichten. Es weise darauf hin, dass der haushaltswirtschaftliche Handlungsbedarf bis 2020 durch geeignete Maßnahmen zur Erreichung der Schuldenbremse aufzulösen sei. Welche Maßnahmen dafür in Betracht kämen, hinge von den jeweiligen haushaltswirtschaftlichen Gegebenheiten ab. Dabei könne es in der Zeitfolge zu Änderungen kommen. Es sei deshalb nicht sachgerecht, einzelne Konsolidierungsmaßnahmen herauszugreifen. Der Finanzplan 2020 diene nur der Information und sei ein Planungsinstrument ohne Umsetzungs- und Vollzugsverbindlichkeit. Über die konkrete Umsetzung der Finanzplandaten entscheide letztlich der Haushaltsgesetzgeber.

Der Abgeordnete merkte abschließend an, dass der Rechnungshof an seinem Beschlussvorschlag festhalte. Die CDU-Fraktion schließe sich diesem Vorschlag an.

Ein Abgeordneter der SPD betonte, der Finanzplan 2020 solle aufzeigen, wie sich der Abbaupfad bis 2020 entwickle, und grob darstellen, welche Maßnahmen zur Konsolidierung ergriffen würden. Der Vollzug der k.w.-Stellen sei hierbei sicherlich ein wichtiger Punkt. Bei einem Großteil dieser Stellen sei im Übrigen schon lange ein k.w.-Vermerk angebracht. So habe die frühere Regierungskoalition allein 8 000 Lehrerstellen mit einem k.w.-Vermerk versehen.

Seine Fraktion trage den Beschlussvorschlag des Rechnungshofs nicht mit, da einige Unsicherheitsfaktoren bestünden. Gerade im Lehrerbereich ließen sich die k.w.-Stellen nicht in dem Umfang abbauen, wie es dem vorliegenden Finanzplan 2020 entsprechen würde, da 30 000 Schüler mehr im System seien, als das Statistische Landesamt vor wenigen Jahren noch erwartet habe.

Auch seien mit dem 1 480-Stellen-Einsparprogramm schlechte Erfahrungen gemacht worden. So komme es in einigen Bereichen zu Engpässen und würden Grenzen erreicht. Bestimmte Verwaltungen hätten Schwierigkeiten, wie bisher weiterzuarbeiten. Vor allem auch im Straßenbau bestünden große personelle Probleme und sei im Grunde mehr Personal einzustellen, damit sich die gestellten Aufgaben erfüllen ließen.

Der Ausschuss werde sich im Rahmen der Beratungen des Haushalts 2015/2016 mit dem Finanzplan 2020 befassen und die entsprechenden Schlüsse ziehen.

Sodann lehnte der Ausschuss den Beschlussvorschlag des Rechnungshofs (*Anlage*) mehrheitlich ab und fasste ohne förmliche Abstimmung die Beschlussempfehlung an das Plenum, von der Mitteilung Drucksache 15/5404 Kenntnis zu nehmen.

05. 11. 2014

Dr. Reinhard Löffler

Anlage

**Rechnungshof
Baden-Württemberg**

**Denkschrift 2014
Beitrag Nr. 4/Seite 37**

Anregung

für eine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 3. Juli 2014 – Drucksache 15/5404

**Denkschrift 2014 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes
Baden-Württemberg;
hier: Beitrag Nr. 4 – Finanzplan 2020**

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung des Rechnungshofs vom 3. Juli 2014 zu Beitrag Nr. 4 – Drucksache 15/5404 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,

die im Finanzplan 2020 (Stand Januar 2014) im Stellenbereich ausgewiesenen Einsparungen konsequent umzusetzen oder durch strukturell wirkungsgleiche Maßnahmen zu ersetzen.

Karlsruhe, 16. Oktober 2014

gez. Max Munding

gez. Günter Kunz